

Aus Hartz IV kommt man nicht schnell raus

DGB legt Zahlen für den Landkreis Mayen-Koblenz vor – Appell an Jobcenter und Politik

Mehr als 40 Prozent der Hartz-IV-Bezieher im Landkreis Mayen-Koblenz sind mindestens vier Jahre auf staatliche Fürsorge angewiesen. Das stellt der DGB der Region Koblenz nach der Auswertung entsprechender Zahlen fest und spricht von einer bedrückenden Verfestigung der prekären Lebensverhältnisse. Insgesamt waren 5,5 Prozent der erwerbsfähigen Menschen im Kreis Ende 2012 auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen. Damit waren 7654 Menschen im Landkreis MYK im Alter von 15 bis 64 Jahren auf staatliche Fürsorge angewiesen. Mehr als 60 Prozent der erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher im Kreis (63,7 Prozent) sind bereits im Langzeitbezug und haben laut DGB in den vergangenen zwei Jahren mindestens 21 Monate Hartz IV bezogen. „Dem Hartz-IV-System ist es bisher nicht gelungen, eine Verfestigung prekärer Lebenslagen zu verhindern“, sagt Gabi Weber, Regionsgeschäftsführerin des DGB Koblenz. „Die Anzahl der hilfebedürftigen Menschen in und um Koblenz geht weit über die hier genannten Arbeitslosen hinaus. Viele Hartz-IV-Bezieher befänden sich in Fördermaßnahmen oder gingen einer Beschäftigung nach, die durch niedrige Löhne, eine geringe Stundenzahl oder durch eine kurzfristige Dauer nicht existenzsichernd und prekär seien. Andere hätten Betreuungspflichten oder befänden sich noch in Ausbildung. Trotz der Verhärtung im Hilfebezug gibt es auch im Hartz-IV-System relativ viel Bewegung. Ständig kämen Bürger neu hinzu, während andere den Hilfebezug wieder beenden können. Erstmals hat der DGB für die Region Daten zum Eintritts- und Verbleibrisiko im Hartz-IV-System vorgelegt. Ihnen zufolge liegt das Eintrittsrisiko in Hartz IV für Erwerbsfähige im Landkreis bei 2,6 Prozent (bezogen auf 2012). Das heißt für Mayen-Koblenz, dass knapp 3 Prozent der Bevölkerung von 15 bis 64 Jahren innerhalb eines Jahres Hartz IV beantragen müssen. Der Landkreis liege damit etwa im Durchschnitt der vergleichbaren Kreise im Westen Deutschlands (2,5). Weniger als der Hälfte der Hartz-IV-Beziehenden gelinge im ersten Jahr die Überwindung der Hilfebedürftigkeit (47,9 Prozent). Angesichts dieser Situation fordert der DGB das Jobcenter und die Kreisverwaltung zu mehr Anstrengungen zur Vermeidung und zum Abbau von Langzeitbezug auf. „Dazu braucht es eine stärkere Professionalisierung der Betreuung und vor allem einen anderen Betreuungsschlüssel für jeden Sachbearbeiter und Fallmanager. Stabilisierungs-, Unterstützungs- und Eingliederungsmaßnahmen müssen stärker am Ziel der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden“, meint Gabi Weber. Zudem müssten die sozialintegrativen Maßnahmen wie Schuldnerberatung sowie abschlussorientierte Qualifizierungen für diese Zielgruppe ausgebaut werden. „Ebenso halte ich es für sinnvoll, Menschen über mehrere Monate nach einer erfolgten Arbeitsaufnahme zu betreuen, um ein neues Arbeitsverhältnis möglichst zu stabilisieren.“ Auch die Bundesregierung sieht sie in der Pflicht: Durch die Kürzung der Arbeitsförderung in den vergangenen Jahren hätten sich die Förderchancen für Hartz-IV-Empfänger massiv verschlechtert. Dies habe dazu beigetragen, dass viele Menschen längerfristig auf staatliche Fürsorge angewiesen sind. „Aber auch die Unternehmen haben ihren Anteil einzubringen und Hartz-IV-Empfängern eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben“, resümiert Gabi Weber.

Jobcenter kontert: Wir schneiden vergleichsweise gut ab

Beim Jobcenter Mayen-Koblenz trifft die DGB-Kritik auf wenig Verständnis. Im bundesweiten Vergleich schneide man gut ab, die Arbeit könne sich sehen lassen, stellt Geschäftsführer Rolf Koch auf RZ-Anfrage fest.

Sowohl bei der Anzahl der Integrationen (in den ersten Arbeitsmarkt) als auch bei der Verringerung des Langzeitleistungsbezuges stehe man, verglichen mit Jobcenter ähnlicher Struktur, „immer auf den vorderen Plätzen“. Dieser Erfolg sei eben auch auf das qualifizierte Personal zurückzuführen, das individuelle Maßnahmenpakete für die Klienten schnüre, die sich an deren speziellem Bedarf orientierten. Landesweit einmalig ist laut Koch das Pilotprojekt MYKnetz, mit dem das Jobcenter die verschiedenen Hilfsangebote für Leistungsbezieher verknüpfe. Dort werde auch für die vom DGB angemerkte Schuldnerberatung der Grundstein gelegt. Dass man sich intensiv „um Menschen in prekären Lebenssituationen“ kümmere, bewiese auch der landesweit größte Anteil an Bürgerarbeitsplätzen (300) für Langzeitleistungsbezieher. Viele der Bürgerarbeiter hätten später in ein festes Arbeitsverhältnis vermittelt werden können. Abschließend weist Rolf Koch darauf hin, dass die Zahl der Langzeitleistungsbezieher von Dezember 2011 bis September 2013 um fast 8 Prozent gesenkt werden konnte. „Das Jobcenter MYK ist hier auf einem guten Weg.“